

Altdorf, 24. März 2022

Kleine Anfrage: Uri und der Ukraine-Krieg

Sehr geehrter Herr Landammann
Sehr geehrte Herren Regierungsräte

Infolge des Angriffs Russlands auf die Ukraine befinden sich Ukrainerinnen und Ukrainer jeden Alters in einer Notlage. Dies bewegt die Menschen – auch in Uri. Auf www.ur.ch/ukraine sind einige Informationen aufgeschaltet und es wird auf eine Info-Telefonnummer und -Mailadresse verwiesen. Gemäss Medienmitteilung vom 8. März 2022 hat der Regierungsrat 50'000 Franken zur Soforthilfe für die Ukraine gesprochen. Gemäss neuesten Schätzungen könnten rund 300 geflüchtete Menschen in Uri eintreffen. Auch der Kanton Uri bereitet sich vor auf die Flüchtlingswelle aus dem Kriegsgebiet.

Zurzeit bleiben für mich als Landrätin und Bürgerin verschiedene Punkte offen. Gestützt auf die Geschäftsordnung des Urner Landrats bitte ich Sie daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Der Schutzstatus S für Ukrainerinnen und Ukrainer ist grundsätzlich rückkehrorientiert. Gleichzeitig dürfen diese Flüchtenden in der Schweiz ohne Wartefrist eine Arbeit aufnehmen und zur Schule gehen. Wie plant der Regierungsrat, die vorhandenen Strukturen im Urner Asylwesen anzupassen und sieht der Kanton Uri vor, ukrainischen Flüchtenden innert nützlicher Frist Sprachkurse oder weitere Integrationsangebote zu ermöglichen?
- Bestehen Pläne für (a) eine zentrale Urner Anlaufstelle für ankommende Flüchtende und (b) für eine zentrale Annahmestelle für Hilfsgüter und Spenden zur Verwendung innerhalb von Uri.
- Sind grössere Unterbringungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand vorgesehen?
- Für wie viele Personen stehen im Kanton Uri Privatunterbringungen zur Verfügung, die tatsächlich genutzt werden können? Werden die privaten Haushalte vom Kanton einerseits überprüft und andererseits bei allfälligen Problemen unterstützt?
- Wie werden die ankommenden Flüchtenden auf die Gemeinden verteilt und werden die Gemeinden im Umgang mit den ankommenden Ukrainerinnen und Ukrainern – Erwachsene und Kinder – unterstützt?
- Wie sieht die aktuelle Planung in Sachen Schulunterricht für ukrainische Kinder und Jugendliche aus? Ist es zum Beispiel denkbar, die Kinder über die Gemeindegrenzen hinweg gemeinsam in die Schule(n) gehen zu lassen?

Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung dieser kleinen Anfrage.

Dori Tarelli, Landrätin FDP, Altdorf